### für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung

# Detailansicht des Registereintrags

# Verein zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs in der Nahrungsmittel- und Gastronomiebranche e.V.

Stand vom 16.05.2024 08:43:56 bis 29.05.2024 11:29:43

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer: R001062

**Ersteintrag:** 23.02.2022

Letzte Änderung: 16.05.2024

Letzte Jahresaktualisierung: 07.03.2024

Tätigkeitskategorie: Berufsverband

Kontaktdaten: Adresse:

Heerstr. 14 14052 Berlin Deutschland

Telefonnummer: +493033771996

E-Mail-Adressen:

service@vbuw-online.de

Webseiten:

www.vbuw-online.de

### Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

Mitgliedsbeiträge

### Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

1 bis 10.000 Euro

### Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

0,10

### Vertretungsberechtigte Person(en):

### 1. Thomas Musäus

Funktion: Vorstand

### 2. Thomas Wilde

Funktion: Vorstand

### 3. Kay Wetzlich

Funktion: Vorstand

#### 4. Nicole Thomas

Funktion: Geschäftsführerin

### Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (1):

### 1. Nicole Thomas

### Gesamtzahl der Mitglieder:

85 Mitglieder am 05.03.2024, davon:

51 natürliche Personen

34 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

## Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

### Interessen- und Vorhabenbereiche (8):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Lebensmittelsicherheit; Lebens- und Genussmittelindustrie; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; E-Commerce; Kleine und mittlere Unternehmen; Wettbewerbsrecht

### Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

### Beschreibung der Tätigkeit:

Vertretung der Branche (Nahrungsmittel- und Gastronomie, Schwerpunkt Delivery und TakeAway) ggü Politik

Abfassen politischer Stellungnahmen zu für die Branche relevanten Gesetzen und bei Änderungsbedarf von Gesetzen

Stellungnahme zu praktischen Auswirkungen von Gesetzen bzw. der mangelhaften Durchsetzung derselben (z.B. MiLoG)

### Konkrete Regelungsvorhaben (4)

### 1. Ausweitung der Mehrwegangebotspflicht stoppen

### Beschreibung:

Mehrwegangebotspflicht in der Praxis darstellen, Vor- und Nachteile unterschiedlicher Materialien darstellen, Auswertung Studien zu Sinnhaftigkeit und ökologischen Vor-/Nachteilen von MEHRWEG, ggfs. eigene Studien in Auftrag geben, Stellungnahmen zu Eckpunktepapier, Gesetzentwürfen, etc.

### Betroffenes geltendes Recht: VerpackG

**Interessenbereiche:** E-Commerce, Kleine und mittlere Unternehmen, Lebens- und Genussmittelindustrie

# 2. Etablierung wirksamer Maßnahmen um Schwarzarbeit und Mindestlohnverstöße wirksam zu bekämpfen

### **Beschreibung:**

Stärkung bargeldlosen Zahlungsverkehrs, um schwarze Kassen zu verhindern Ausweitung der Kontrollen durch den Zoll und gleichmäßige Kontrollen durch alle Betriebsgrößen

Stärkung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse, Abschaffung von Fehlanreizen (Brutto=Netto beim Mindestlohn für AN)

### Betroffenes geltendes Recht: MiLoG, SchwarzArbG

**Interessenbereiche:** Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen, Kleine und mittlere Unternehmen, Lebens- und Genussmittelindustrie, Wettbewerbsrecht

### Stellungnahmen/Gutachten (1):

### 1. **SG2405150003**

### Adressatenkreis:

Versendet am 15.05.2024 an:

### Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) Bundesministerium der Finanzen (BMF) Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)

### 3. Überarbeitung des Umsatzsteuerrecht,

### Beschreibung:

Abschaffung zahlreicher Ausnahmen im UmstG Einführung von 0% für Grundnahrungsmittel umsatzsteuerrechtliche Angleichung vergleichbarer Sachverhalte

Betroffenes geltendes Recht: UStG

Interessenbereiche: Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen, Kleine und mittlere Unternehmen, Lebens- und Genussmittelindustrie, Sonstiges im Bereich "Recht", Wettbewerbsrecht

### 4. Vereinfachung und Vereinheitlichung der Lebensmitteldeklartion

### Beschreibung:

Einführung e-Label Klare Regelungen für Fernabsatzgeschäft Vereinfachung der Deklarationspflichten

Betroffenes geltendes Recht: LMIDV, LMZDV

**Interessenbereiche:** Kleine und mittlere Unternehmen, Lebensmittelsicherheit, Lebens- und Genussmittelindustrie, Wettbewerbsrecht, Zivilrecht

## Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

## Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

## Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

### Gesamtsumme:

0 Euro

## Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

### Gesamtsumme:

150.001 bis 160.000 Euro

### Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (5):

- 1. Dominos Pizza Deutschland GmbH
- 2. Call a Pizza Franchise GmbH

- 3. Smileys Franchise GmbH
- 4. burgerme GmbH
- 5. Paniceus Gastro Systemzentrale GmbH

## Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

 $\underline{Bilanz\text{-}31\text{-}12\text{-}2022\text{-}Final\text{-}Scan.pdf}$